

Siebert, Horst

Book Part — Digitized Version

Zwischen Freiheit und Gleichheit: Zu den konträren Zielkomplexen bei der Gestaltung einer Wirtschaftsordnung

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Siebert, Horst (1994) : Zwischen Freiheit und Gleichheit: Zu den konträren Zielkomplexen bei der Gestaltung einer Wirtschaftsordnung, In: Emptner, Stefan (Ed.): Markt mit Moral: das ethische Fundament der Sozialen Marktwirtschaft. Beiträge einer Fachkonferenz, ISBN 3-89204-147-4, Verlag Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh, pp. 17-25

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1922>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

II. Das ethische Fundament der Sozialen Marktwirtschaft

2.1 Zwischen Freiheit und Gleichheit – zu den konträren Zielkomplexen bei der Gestaltung einer Wirtschaftsordnung

Horst Siebert

Ob und inwieweit einzelne Märkte und die Gesamtheit der Märkte – die Marktwirtschaft – ethischen Prinzipien genügen, das ist eine zentrale Frage. Oder anders gewendet: Wie muß eine Marktwirtschaft gestaltet sein, damit sie ethischen Prinzipien entspricht? Dazu fünf Thesen:

(1) *Die Marktwirtschaft braucht eine sittliche Fundierung der Individuen.*

Es ist kein Zufall, daß am Anfang der Nationalökonomie nicht nur der Klassiker »The Wealth of Nations« von Adam Smith steht, sondern auch gleichberechtigt sein Werk »The Theory of Moral Sentiments«. Dort heißt es: »... jene allgemeinen Regeln [werden] von uns aus Erfahrungen gebildet, die wir darüber gesammelt haben, was für Wirkungen die verschiedenartigen Handlungen auf uns ausüben«.

Ohne ethische Normen würden die Vorzüge einer Verkehrswirtschaft, in der alle Beteiligten aus den Transaktionen und damit aus der Arbeitsteilung Vorteile ziehen, zusammenschmelzen. Transaktionen wären mit zu hohen Kosten, mit Effizienzverlusten – also mit Vergeudung – verbunden. Wo letztlich die Basis der

ethischen Normen liegt, kann hier offen bleiben. Aus ökonomischer Sicht ist es jedoch nicht unrealistisch, daß der Strom der menschlichen Erfahrung – wie es bei Adam Smith anklingt – im Verlauf der Jahrtausende und Jahrhunderte die Normsteine mit geformt hat, daß sich Normen pragmatisch in einem evolutorischen Prozeß herausbilden, daß sie das Resultat eines nicht bewußt angelegten Lernprozesses sind, daß sie dazu dienen, Negativwirkungen auf Dritte – sogenannte ›negative externe Effekte‹ – zurückzudrängen und gleichzeitig Positivwirkungen hervorzu- bringen, beispielsweise als Altruismus.

Ethische Normen – sozusagen ein innerer Kompaß, nach Adam Smith der Spiegel, in dem man sein eigenes Verhalten erkennen kann – sind allerdings nur eine *conditio sine qua non* der Verkehrswirtschaft. Hinzu kommen muß ein System von institutionellen Regeln, in denen festgehalten wird, wie Dinge in einer Volkswirtschaft gemacht werden müssen. Diese institutionellen Regeln, etwa die Nutzungsrechte und die Risikozuweisungen, haben sich mit zunehmender Verknappung – Beispiel Umwelt – und mit zunehmender Komplexität – Beispiel Aktiengesellschaft im Industrialisierungsprozeß – herausgebildet.

Zu einem Teil werden in der historischen Entwicklung ethische Normen der Individuen infolge größerer Komplexität durch institutionelle Regelungen substituiert. Bei den Ureinwohnern Australiens ließ sich vielleicht die Nutzung der Natur ethisch steuern, in der komplexen Industriegesellschaft reicht »moral suasion« nicht mehr. Aber institutionelle Regelungen basieren ihrerseits wieder auf ethischen Normen. Von daher kann man von einer Ethik der institutionellen Regeln und von einer Ethik des Marktes sprechen. Es sind ethische Positionen, die sich in der Ausgestaltung der institutionellen Regelungen ausdrücken.

- (2) *Wie eine Wirtschaftsordnung ausgestaltet wird und wie sie zu beurteilen ist, hängt davon ab, welches Gewicht zwei großen, konträren Zielkomplexen eingeräumt wird: den Entfaltungsmöglichkeiten des Individuums – der persönlichen Freiheit – auf der einen Seite und der materiellen Gleichheit auf der anderen Seite.*

Dies sind die beiden großen normativen Pole, an denen Wirtschaftssysteme festgemacht wurden und werden, und beide Pole entfalten eine mächtige Vielzahl von Teilpolen, die unterschiedliche Aspekte der Bewertung von Wirtschaftsordnungen beinhalten. Es geht um die ›formale‹ Freiheit, die durch Rechte des einzelnen oder die Abwesenheit von Beschränkungen definiert ist, und die ›materielle‹ Freiheit, die ein Urteil über die Versorgung mit Gütern, also über den Budgetraum des einzelnen enthält, es geht um die negative und die positive Freiheit, um »efficiency« versus »equity«, um Chancengleichheit versus Ergebnisgleichheit, um Subsidiarität versus Solidarität, um Individualprinzip versus Sozialprinzip, um Verantwortungsethik versus Gesinnungsethik, um Risikobereitschaft versus Sicherheit, um Versicherung versus Versorgung, um Kapitaldeckungsverfahren versus Umlageverfahren, um Verursacherprinzip versus Gemeinlastprinzip, um private Nutzungsrechte versus Allmende, um private Güter versus meritokratische Bereitstellung, um eine niedrige Staatsquote versus eine hohe Staatsquote, um Wettbewerb versus Orientierung an einmal erworbenen Positionen, um Leistungsanreize versus Absicherung, um Leistungsbereitschaft versus Transfers, um Konsumentensouveränität versus Konsumentenschutz, um Eigenverantwortung und Mündigkeit versus staatliche Vorsorge und paternalistische Bevormundung, um Innovation versus Status quo, um eine offene Gesellschaft versus eine geschlossene Gesellschaft.

- (3) *Es gibt einen Konflikt zwischen den beiden großen Zielkomplexen, zwischen den Entfaltungsmöglichkeiten des Individuums und der Gleichheit.*

Die Vielzahl der Gegenpole macht deutlich, daß bei einzelnen Facetten die Ausformung einer Wirtschaftsordnung zwischen den Hauptpolen der Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen einerseits und der Gleichheit andererseits sehr unterschiedlich geregelt werden kann. Man stelle sich eine Waage vor, die auf beiden Seiten nicht nur jeweils eine einzige Waagschale hat, sondern Stockwerke von Waagschalen. Wenn man das Gewicht auf einem einzelnen Stockwerk der Waagschale verändert, wenn man also an

einer Stelle umgestaltet, so neigt sich die Zunge der Gesamtwage in die eine oder in die andere Richtung: in eine mehr am Individuum ausgerichtete oder in eine mehr am Kollektiv orientierte Gesellschaft.

Wie sich die Waage mit den vielen Waagschalen auf beiden Seiten bewegt, das ist eine Frage, die der Ökonom wissenschaftlich untersuchen kann, über die wir historisch Erfahrungen sammeln können. Das ist die Frage nach den empirischen Zielbeziehungen, die Frage nach den Folgewirkungen, die Frage nach den Opportunitätskosten: Wenn von dem einen Ziel etwas mehr erreicht wird, auf wieviel des anderen Ziels ist dann zu verzichten?

Diesen Konflikt gibt es bei der Ausgestaltung von Volkswirtschaften insgesamt, aber auch dann, wenn einzelne Teilelemente einer marktwirtschaftlichen Ordnung auszuformen sind. Der Arbeitsmarkt, die soziale Absicherung und das Steuersystem stehen nach der Grundsatzdebatte dieser Konferenz zur Diskussion. Ebenso gehören Bereiche mit einem stärkeren internationalen Bezug – Wanderung, Umwelt und Technologie – zum Themenkomplex der Konferenz. In allen diesen Teilelementen wird der Zielkonflikt zwischen den beiden großen Gegenpolen erst richtig konkret und es gelten hier in besonderer Weise Friedrich Schillers Worte »Leicht beieinander wohnen die Gedanken. Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen«.

(4) *Die Frage, worauf man bei dem einen ethisch motivierten Ziel verzichten muß, wenn man von dem anderen Ziel mehr erreichen will, wird in der Öffentlichkeit von manchen Trugbildern verworren.*

Bei diesen Trugbildern handelt es sich um Vorstellungen, die auf den ersten Blick nahezu selbstverständlich erscheinen, die sich aber bei genauerer Analyse nicht halten lassen. Dennoch prägt manches Trugbild die öffentliche Diskussion und die Entscheidungen.

Das Trugbild vom Vorteil der Zentrale: Lange Zeit herrschte in der Gesellschaft die Vorstellung, daß es vorteilhaft sei, daß eine Zen-

trale die Produktion und die Investition organisiert, daß Größenvorteile ausgeschöpft werden sollen, daß eine politisch bestimmte Arbeitsteilung von oben zwischen Ländern Sinn macht, um Spezialisierungsvorteile auszunutzen. Zwar ist es ruhiger geworden um den Vorteil der Zentrale, nachdem die kommunistische Planwirtschaft, die explizit das wirtschaftspolitische Ziel der Warensicherheit – »das richtige Gut zur richtigen Zeit am richtigen Ort« – verfolgte, ihre Bevölkerung nicht angemessen mit Gütern versorgen konnte. Aber auch bei uns hat die Zentrale noch viele Fans, die etwa bei der aktiven Industriepolitik nicht erkennen, daß eine Zentrale keine Informationen über neue Technologien haben kann, sondern daß Informationen erst durch Wettbewerb als Entdeckungsverfahren im Sinne Hayeks gewonnen werden müssen. Entsprechendes gilt auch für die Hochschulpolitik, wo eine Zentrale – die ZVS – Studienplätze zuweist.

Das Trugbild vom isolierten Effekt: Erörterungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen sind oft dadurch gekennzeichnet, daß Reaktionen von Individuen nicht richtig eingeschätzt und Folgewirkungen in den zahlreichen Verästelungen des volkswirtschaftlichen Gefüges nicht angemessen berücksichtigt werden. Die Wirtschaftswissenschaft hält hier unter den Stichworten des Prinzipal-Agent-Problems, des Moral Hazard, der Anreizwirkungen, der Information und des Suchverhaltens eine reichhaltige Palette von Beispielen bereit, wie institutionelle Regelungen Anreize falsch setzen können. Überhöhte Agrarpreise bewirken Überproduktion (Europa West), zu niedrige Agrarpreise bringen Unterversorgung (ehemaliges Europa Ost), kontrollierte Wohnungsmieten verringern das Wohnungsangebot, falsche Anreize am Arbeitsmarkt produzieren Arbeitslosigkeit.

Inzwischen beginnt man in den Naturwissenschaften zu begreifen, daß minimale Effekte, wenn sie sich in beachtlicher Zahl addieren, eine große Wirkung haben können, daß sich ein Ölfleck weit im Grundwasser ausbreiten kann, daß sich Dinge in der Zeit akkumulieren können und daß es Schwelleneffekte geben kann, ja daß Systeme umkippen können. Im volkswirtschaftlichen Gefüge

gilt ähnliches: So muß u.U. am Arbeitsmarkt ein minimaler Effekt, der bei einem einzigen Unternehmen vernachlässigbar erscheint, mit der Zahl von über zwei Millionen deutschen Unternehmen multipliziert werden. Entsprechend wäre eine ganz geringe Auswirkung in dem Verhalten eines Arbeitnehmers mit der Zahl 35 Millionen zu multiplizieren. Hinzu kommt, daß sich Wirkungen in einem negativen Synergismus selbst verstärken können. Auch dafür bietet der Arbeitsmarkt genügend Anschauungsunterricht.

Das Trugbild vom isoliertem Eingriff: Dies ist der Zwilling Bruder des Trugbilds vom isolierten Effekt. Verbreitet ist die Meinung, ein wirtschaftspolitisches Problem ließe sich durch einen isolierten Eingriff zügig lösen. Politik kann sich oft nur legitimieren, wenn ein Problem erst richtig virulent geworden ist. Wenn es brennt, muß man löschen. Dies ist die Feuerwehr-Interpretation der Politik: Zu geringe Einkommen in der Landwirtschaft – wir subventionieren; die deutsche Steinkohle in der Produktion 200 DM pro Tonne teurer als der Weltmarktpreis – wir greifen ein; zu hohe Arbeitslosigkeit – wir reparieren es mit einem staatlich finanzierten Arbeitsmarkt. Was eine solche ›Barbier-von-Sevilla-Wirtschaftspolitik‹ – Figaro hier, Figaro da – an Ressourcenvergeudung kostet, was an anderer Stelle der Wirtschaft an Belastung entsteht, wie dies letztlich auch den Keil zwischen Bruttolohn und Nettolohn vergrößert und damit die Nachfrage nach Arbeitskräften schwächt, welche Eigendynamik des politischen Prozesses in der Zukunft angelegt wird – all diese Folgewirkungen des isolierten Eingriffs werden gern verkannt.

Das Trugbild von der guten Absicht: Allzu oft leuchtet eine ethisch vorgetragene Position *prima vista* ein. Aber bei genauerem Hinsehen wird gerade das Gegenteil des Intendierten erzielt, etwa wenn der Kündigungsschutz, nicht zuletzt durch seine Kombination mit fixem Lohn und fixer Arbeitszeit, nur die Arbeitsplatzbesitzer schützt, aber die Nachfrage nach Arbeitskräften schwächt und damit zum Nachteil der Arbeitslosen gerät. Eine Schutzvorschrift

verkehrt sich ins Gegenteil. Der Beispiele sind Legion. Der Konstanzer Arbeitsrechtler Rütters spricht in diesem Zusammenhang von »der Rache des Gutgemeinten«.

Das Trugbild vom gegebenen Kuchen: Der Zielkonflikt zwischen Gleichheit der Verteilung und Effizienz wird gerne verdrängt. Dabei ist die stillschweigende Prämisse, daß der zu verteilende Kuchen ein Datum, eine gegebene Konstante ist. Noch bevor der Kuchen gebacken ist, wird erörtert, wie das Kuchenmesser zu führen sei. Bei jeder Umverteilung muß das Geld – um ein Bild Okuns zu verwenden – in einem Eimer transportiert werden, von dem Reichen zu den Armen, vom Kapital zur Arbeit, von den Beschäftigten zu den Arbeitslosen, von den Steuerzahlern zu den Sozialhilfeempfängern. Unglücklicherweise hat der Eimer ein Loch. Ressourcen gehen beim Transport verloren. Je stärker eine Volkswirtschaft auf die Umverteilung fixiert ist, je mehr Eimer eingesetzt werden, desto mehr versickert, desto größer sind die Effizienzverluste, wie die kommunistischen Planwirtschaften deutlich gemacht haben.

(5) *Das Verteilungsziel darf nicht als Ethik einer Teilgruppe interpretiert werden.*

Interpretiert man das Verteilungsziel vorrangig aus der Sicht der heutigen Generation, so wird für die Zukunft weniger geschaffen. Der Yellowstone Nationalpark und die Kathedrale von Notre Dame wären nicht zustande gekommen, wenn ein eng auf die jeweilige Generation interpretiertes Verteilungsziel dominiert hätte. Vernachlässigt man aus verteilungspolitischen Gründen, weil es nicht für zumutbar gehalten wird, die Ersparnis und die Kapitalbildung, so erhält die zukünftige Generation einen geringeren Kapitalstock und damit einen geringeren Wohlstand. Steht bei der Besteuerung im Vordergrund, wie heute verteilt wird, so kommt die Zukunft schlechter weg. Legt man der heutigen Generation nicht die Last auf, schonend mit der Umwelt umzugehen, so erbt die zukünftige Generation ein schlechteres Umweltkapital.

Wird die Verteilung nur aus der Perspektive eines Industrielan-

des diskutiert, so könnte man bei kurzsichtiger Argumentation versucht sein, die heimischen Märkte gegen die Anbieter aus Schwellenländern abzuschotten. Werden Verteilungsfragen lediglich aus der Perspektive einer Region oder eines Sektors analysiert, so läßt sich manches begründen, was anderen Regionen oder Sektoren Chancen nimmt.

Schlußbemerkung

Wohin sich die Waage in unserer Wirtschaftsordnung neigen sollte, darf nicht von Trugbildern bestimmt werden.

Gegen das Trugbild vom Vorteil der Zentrale hilft Dezentralisierung mit der klaren Zuweisung von Verantwortlichkeiten. Märkte und Wettbewerb sind in einer Marktwirtschaft das dominierende institutionelle Arrangement der Dezentralisierung – andere Mechanismen sind beweispflichtig. Dabei sind Verantwortlichkeiten klar definiert, wenn der einzelnen organisatorischen Einheit die volkswirtschaftlichen Erlöse und die volkswirtschaftlichen Kosten eindeutig zugewiesen werden.¹ Auch bei der Delegation von nicht-marktlichen Entscheidungen müssen klare Verantwortlichkeiten festgelegt sein. Ob dies bei der Delegation der Lohnfindung an die Tarifparteien gelungen ist, erscheint als eine offene Frage, denn volkswirtschaftlich muß die Tarifautonomie mit der Bedingung einhergehen, daß die Tarifparteien für Vollbeschäftigung sorgen.²

¹ Dies stellt sicher, daß sich volkswirtschaftliche und einzelwirtschaftliche Kosten, Erlöse und Gewinne decken. Dies gilt allerdings nur für eine Transaktion in der Grenzbetrachtung (im Schnittpunkt von Angebot und Nachfrage). Intramarginale Transaktionen haben Vorteile für alle Beteiligten (vgl. dazu die Konzepte der Nachfrager- und Anbieterrente). Solche Vorteile sind die Motivation für die Transaktion.

² Die Delegation der monetären Entscheidung kann als ein Beispiel für eine gelungene institutionelle Regelung interpretiert werden. Jedenfalls schützt die Unabhängigkeit der Bundesbank gegen die moralische Versuchung der Politik, Staatsdefizite über die Notenpresse zu finanzieren oder gegen die modernere Versuchung von Politik und Tarifparteien, die Arbeitslosigkeit nach dem Fehlmotto »Lieber 5 Prozent Inflation als 5 Prozent Arbeitslosigkeit« über Geldmengenerweiterung zu bekämpfen.

Gegen das Trugbild des isolierten Effekts und des isolierten Eingriffs hilft das Denken in Gesamtzusammenhängen, das Denken in einem allgemeinen Gleichgewicht, das Denken in langfristigen Anpassungsprozessen und das Denken in Ordnungen im Sinne Euckens. Dann ist auch schon viel gewonnen gegen das Trugbild von der guten Absicht.

Mir erscheint es wichtig, daß unsere Gesellschaft eine offene Gesellschaft ist, die dem einzelnen Chancen eröffnet, Optionen bietet, Freiräume erschließt, Bewegungsspielräume vergrößert – eine offene Gesellschaft, in der sich im Sinne Karl Poppers »die Individuen persönlichen Entscheidungen gegenübersehen« und »die Institutionen [...] Raum für die persönliche Verantwortlichkeit« lassen. Und so möchte ich mit John Stuart Mill schließen: »If competition has its evils, it prevents greater evils [...]«.

Literatur:

Eucken, Walter (1952): Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen.

Hayek, Friedrich August (1968): Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Kieler Vorträge, N.F. 56. Kiel.

Hayek, Friedrich August (1978): Economic Progress in an Open Society. Seoul.

Mill, John Stuart (1859): On Liberty. London.

Popper, Karl Raimund (1945): The Open Society and its Enemies. London.

Siebert, Horst (1993): Incentives, Efficiency and Equity in a Market Economy, in: Social and Ethical Aspects of Economics, A Colloquium in the Vatican. Vatican City, 107-119.

Smith, Adam (1759): Theory of Moral Sentiments. London.

Smith, Adam (1776): An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. London.